

Dresdner Volkszeitung

Verlagsredaktion: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Vertrieb: Gebr. Henckell, Dresden
und Schönlische Buchhandlung

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Dringelohn mit den wöchentlichen Beilagen
Nach der Arbeit und „Voll und Bett“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibleitung: Wettinerpl. 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsstempel: Wettinerpl. 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompositzeile
30 Pf., die 30 mm breite Kompositzeile 1,50 M., für auswärtsige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Proz. Rabatt. Für Briefbelegungen 10 Pf.

Nr. 151

Dresden, Freitag den 2. Juli 1926

37. Jahrg.

Das Nein der Sozialdemokratie

Her mit der Reichstagsauflösung! — Die ungeschliffene Regierung

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß am Donnerstagabend nach 1½ stündiger Beratung mit 73 gegen 38 Stimmen, das Fürstenkompromiß abzulehnen. Als Fraktionsredner wurde der Genosse Belz bestimmt.

Dieser Beschluß bedeutet nur für denjenigen eine Ueberredung, der in den letzten Tagen mit blinden Augen und tauben Ohren den Dingen gegenübergestanden hat. Am Montagabend ließ die Reichstagsfraktion vor der Öffentlichkeit bereits erklären, daß das Fürstenabfindungsgezet in seiner gegenwärtigen Form „unannehmlich“ ist. Die sozialdemokratische Presse hat das in den letzten Tagen immer und immer wieder unterstrichen. Sie ergänzte die Auffassung der Fraktion mit dem Hinweis, daß nur eine Ablehnung des Gesetzes möglich sei, wenn nicht in letzter Stunde weitere wesentliche Zugeständnisse gemacht werden.

Alles war vergeblich. Die uns gemachten Zugeständnisse sind so gering, daß die „unannehmlichen“ Bestimmungen in dem Gesetz nach wie vor weit überwiegen. Die 14½ Millionen Ja-Stimmen vom 20. Juni, die unter Verursachung des Wahlerrors mindestens das Gewicht von 20 Millionen haben, blieben völlig unberücksichtigt. Die Rücksicht auf die 42 Fürsten und ihren Anhang war trotz dem Unglück, das sie über unser Land gebracht haben, während der ganzen Verhandlungen bei der Regierung und den Koalitionsparteien größer als das Gewicht der fast 20 Millionen Stimmen, die nichts anderes fordern, als gleiches Recht und Gerechtigkeit für alle. Ein juristischer Vorwand sollte dem andern, um für die Fürsten zu retten, was in Wirklichkeit dem Volke gehört.

Die Treue der Sparer zu ihrem Vaterland, ihre Opferbereitschaft und Willigkeit am Volke wurde oder wird mit 25 Prozent abgetötet. Den Fürsten aber stellt man eine Auswertung bis zu 150 Prozent in Aussicht. Es gibt keinen Grund, der für die Arbeitslosen oder die produktive Erwerbslosenfrage im Interesse der deutschen Wirtschaft bewilligt wird, ohne daß die bürgerlichen Parteien vorher nicht stundenlang in den Ausschüssen und dann im Plenum des Reichstags darüber debattiert haben. Den Fürsten aber kann man nicht genug bewilligen. Als wenn das Geld nichts wert wäre, als wenn wir keinen Krieg verloren hätten, will man allein für zwanzig Landesherren, die schon seit 1805 ohne die geringste Gegenleistung auf Kosten des Staatsbürgers leben, auch in Zukunft weitere zwei Millionen Goldmark jährlich verpulvern. Dazu kommen die Millionen, die jetzt schon seit Jahren auf Grund bereits abgeschlossener Verträge, an denen nicht erfüllt werden darf, bis in alle Ewigkeit an diese dahingekommenen erblosen Erbschaftsbauer bezahlt werden müssen, und was sie bisher noch nicht ergattert haben, kann ihnen von dem Sondergericht noch zugespitzt werden.

Der Reichstag soll nicht einmal das Recht erhalten, die Zusammenfassung dieses Richterkollegiums vorzunehmen, obwohl sich die öffentliche Aufregung der Abfindungsfrage nicht nur gegen die Fürsten, sondern gleichzeitig gegen die reaktionäre Justiz richtete!

Was nützt das beste Abfindungsgezet, wenn schließlich ein deutschnationales Richterkollegium, wie wir es seit Jahren erlebt haben, die Gesetzesbestimmungen in ihr Geheiß verkehrt? Diese Möglichkeit haben selbst die bürgerlichen Parteien in ihrer Mehrheit durch die Annahme des Sperrgesetzes im Februar des Jahres bestätigt.

Auch die Notwendigkeit der Richterwahl durch das Parlament haben sie schon einmal eingesehen, als vor Jahren der Staatsgerichtshof gebildet wurde! Aber damals handelte es sich nur um die Aburteilung gewöhnlicher Staatsbürger. Die Fürsten aber bilden auch heute noch immer eine bevorrechtete Klasse für sich.

Alles das hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion veranlaßt, dem Abfindungsgezet ihre Zustimmung sofort zu verweigern. In dem Urteil, daß das Gesetz ungenügend ist, war die Fraktion einig, und der Unterschied, der im Abstimmungsresultat zum Ausdruck kommt, bezieht sich ausschließlich auf die politische Behandlung der Frage. Die Fraktionsmehrheit war der festen Ueberzeugung, daß auch nachmalige Verhandlungen bei der Ungünstigkeit der bürgerlichen Parteien keine wesentlichen Änderungen des Gesetzentwurfes ergeben würden. Es war genug Zeit verstrichen, das Land wartete auf Klarheit, und diese Klarheit ist am Donnerstagabend von der sozialdemokratischen Fraktion in dem Bewußtsein geschaffen worden, daß sie für eine gute und gerechte Sache kämpft. Das Volk steht dabei auf ihrer Seite gegen die Regierung und gegen den gegenwärtigen Reichstag. Der Kampf geht weiter — nicht nur im Reichstag, sondern auch im Lande draußen!

Was tut die Regierung?

Wo bleiben die Konsequenzen?

D. Berlin, 2. Juli. (Sig. Junkspruch.) Die Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Fürstenabfindung steht im Vordergrund des öffentlichen Interesses. Alle Berliner Blätter besaßen sich mit ihr an leitender Stelle. Die Germania (Zentrum) bezeichnet das Ergebnis der Fraktionsberatung als einen „Sieg der Unvernunft“, ohne zu merken, daß sie damit gleichzeitig die 14½ Millionen Anhänger der entschuldigungslosen Entgegnung beleidigt. In Wirklichkeit ist ein „Sieg der Unvernunft“ bei den Regierungsparteien zu verzeichnen, denn sie forderten das jetzt vorliegende Ergebnis geradezu heraus. Die Germania befohl sich dann noch mit der von der Sozialdemokratie verlangten Auflösung des Reichstags und schreiet:

„Scheinbar ein einfaches Rezept, um aus dem Rudeheraus herauszukommen, nur sieht man nicht die Frontstellungen in dem von der Sozialdemokratie gewünschten Wahlkampf. Die Regierung hat wiederholt erklärt, daß sie an dem jetzigen Gesetz festhalte. Angelehnt wird dieses Gesetz aber sowohl von den deutschnationalen als von den sozialdemokratischen. Die Regierungsparteien müßten also den Wahlkampf gegen beide Avenuen führen, ohne daß Aussicht bestehe, eine Mehrheit in dem neuen Reichstag zu erzielen. Trotzdem läßt sich natürlich nicht sagen, ob die Reichstagsauflösung nicht doch der beste Versuch der völlig verfahrenen Situation sein wird oder sogar sein muß.“

Der Vorwärts schreibt: „Die Regierung wird heute keine Mehrheit für ihre Vorlage erhalten. Es gibt in diesem Reichstag keine Mehrheit mehr, die im Einklang wäre mit dem Willen des Volkes. Will die Regierung nicht entgegen den Grundätzen der Demokratie weiterverarbeiten, so gibt es für sie nur eine Konsequenz: Verabschiedung des Sperrgesetzes, Auflösung des Reichstags.“

Es ist vorläufig eine andre Frage, ob das Sperrgesetz, entgegen der Erklärung des Reichsanwalters in der gestrigen Reichstagsberatung, jetzt doch noch angenommen wird. Die politische Zeitung rechnet nicht mit einer solchen Annahme und spricht von einer Ermächtigung der Länder zur Regelung der Abfindungsfrage. Auch hierzu würde eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags gehören. Die Tagesliche Rundschau beweist deshalb die Möglichkeit eines solchen Ermächtigungsgesetzes und bezeichnet die Haltung der Regierung als „vorläufig noch eine offene Frage“.

Die Reichspreise zeigt sich sehr verlegen und ver-

birgt dabei nicht einmal ihre unendliche Zucht vor der Auflösung des Reichstags. Dieser Skummer scheint aber vorläufig unbeeinträchtigt, da auch die Regierungsparteien alles tun werden, um diese Auflösung zu verhindern. Es ist jedoch eine andre Frage, ob ihnen das gelingen wird.

Aus dieser Sachlage müßten sich unseres Erachtens die von dem Reichsminister des Inneren angekündigten „Konsequenzen“ des Gesamtkabinetts von selbst ergeben. Wir sehen sie in der Auflösung des Reichstags, denn nur so wird es möglich sein, in absehbarer Zeit ein für das Volk zufriedenstellendes Fürstenabfindungsgezet zu schaffen. Die Sozialdemokratie hat sich nach dem Ergebnis des Volkentscheids damit abgefunden, daß eine Regelung der unverschämten fürstlichen Forderungen zunächst nur auf parlamentarischen Wege getroffen werden kann. Der jetzige Reichstag hat sich dazu vor aller Öffentlichkeit schon zweimal als unfähig erwiesen und in fast einem halben Jahre fortgesetzter Verhandlungen nichts zustande gebracht, weil er nichts zustande bringen wollte, weil seiner Mehrheit die Fürsten näherstehen als das Volk. Die Regierung mag in dieser Situation tun, was sie will, wir werden nicht ruhen und trauen, bis die Fürstenabfindung im Sinne des Volkes gesetzlich entschieden ist.

Die Regierung sollte dabei eines bedenken: es gab schon einmal ein Kabinett, das der Stimmung des Volkes innerhalb 24 Stunden weichen mußte. Der von den deutschnationalen beeinflusste Reichsanwalters Cuno trat im Dezember 1923 ohne Zustimmung durch das Parlament, unter dem Druck der gegen ihn gerichteten Volksmeinung, ab. Auch heute steht die Volksseele wie damals, und es geht nicht an, diese Siedehitze, der auf die Dauer kein Parlament standhalten wird, zu steigern. Die angekündigten „Konsequenzen“ der Reichsregierung sind unter diesen Umständen — ob sie will oder nicht — unausweichlich.

Die Regierung berät...

Berlin, 2. Juli. (Korrespondenz des V.D.) Die durch die Ablehnung des Abfindungsgezetes geschaffene Lage ist heute Vormittag noch in keiner Weise geklärt worden. In den Verhandlungen trat das Kabinett zusammen, um über den weiteren Gang der Beratungen im Reichstage sich schlüssig zu werden. Da die Beratung des Kabinetts und die Besprechungen der Regierungsparteien mit der Regierung noch längere Zeit andauern werden, wurde der Beginn der Vollversammlung auf 3 Uhr verschoben.

Krise der spanischen Diktatur

Die spanischen Regierungsmethoden des spanischen Direktoriums sind in den Augen der Demokratie grundsätzlich ebenso verdammenwert wie die des Faschismus. Nimmerhin hat aber Primo de Rivera bisher, so viel man weiß, keinen politischen Wortsatz auf dem Gewissen, während Mussolini keine Herrschaft auf Nord und Ostafrika gegründet hat. Aber auch ein anderer Umstand trägt dazu bei, daß der Faschismus uns noch um einige Grade verabscheuenswürdigere erweist als die spanische Militärdiktatur. Mussolini hat seine Tyrannie über ein hochkultiviertes Land mit alten demokratischen Traditionen und Institutionen angetreten, während Spanien bisher stets ein politisch sehr rückständiges Land gewesen ist, in dem das Parlament kaum mehr tatsächlichen Einfluß ausüben konnte als die Duma unter dem Zarismus.

Politische Parteien im modernen Sinne des Wortes waren in Spanien kaum jemals vorhanden. Die Unterschiede zwischen „Konservativen“ und „Liberalen“ bestanden hauptsächlich darin, daß die letzteren noch willkürlichere Werkzeuge der katholischen Kirche waren als die letzteren; wobei der Materialismus in diesem Mutterlande der heiligen Inquisition sich durch eine fast mittelalterliche Gesinnung auszeichnete und durch seinen heraberragenden Einfluß auf den gesamten Hof besonders gefährlich ist. Die einzigen interessanten und sympathischen Kreise in Spanien sind die Republikaner, die sich allerdings auf eine wenig intellektuelle Schicht beschränken, und die Sozialisten, die erst in den letzten Jahren nennenswerte Fortschritte gemacht haben. Leider ist die Entwicklung des Sozialismus und der freien Gewerkschaften dadurch gehemmt worden, daß in Spanien in Ermangelung aller politischen Tradition die Anarchisten und Syndikalisten lange Zeit die Oberhand in der Arbeiterbewegung behielten und durch ihre gewalttätigen Theorien und terroristischen Akte das Ziel der bürgerlichen und liberalen Reaktion erleichterten.

Spanien war seit jeher das Land der politisierenden und rassistischen Militärdiktaturen, der „Junten“, die gegeneinander intrigierten und zu gegebener Zeit auf dem Weg des trockenen Pulvers den persönlichen Ehrgeiz ihrer Führer befriedigten. Es war daher keine Ueberraschung, als im Jahre 1923 eine Generaloffensive unter Führung von Primo

de Rivera die Regierungsgewalt an sich riß und mit dem ihm fürstlichen konstitutionellen parlamentarischen Regime, das bis dahin geblüht und das sich zuletzt durch die ewigen Niederlagen in Marokko sehr unpopulär gemacht hatte, Schluß machte. Das Beispiel des siegreichen Faschismus ist dem Unternehmern Primo offensichtlich zugute gekommen.

Die dreijährige Militärdiktatur ist von dem spanischen Volke weitestgehend nicht so bitter empfunden worden wie in Italien das Regime Mussolinis. Es wurden zwar auch in Spanien die demokratischen Freiheiten durch die Militärdiktatur stark eingeschränkt, aber es scheint, daß die Bevölkerung gerade dadurch den Wert der ihm verloren gegangenen geringen Rechte schätzen gelernt hat; denn in den letzten Tagen ist in Spanien eine Bewegung aufgebrochen worden, über deren wahren Charakter zuverlässige Nachrichten vorläufig noch fehlen, da alle Meldungen der Militärsensur unterliegen. Es hat aber den Anschein, daß diese Bewegung größeren Umfang angenommen hat, was von einer starken Diktaturmüdigkeit in den verschiedensten Schichten der Bevölkerung zeugt. Die offiziellen Meldungen über die Unterdrückung dieser Bewegung und ihren Charakter erinnern an das politische Kommuniqué des Reichswehrministeriums über den Fall der Schwarzen Reichswehr in München im Oktober 1923, in dem von „nationalkommunistischen Kreisen“ die Rede war. Auch die Regierung Primo hat der gegen sie gerichteten Bewegung zunächst einen kommunistischen Charakter anhängen versucht, aber das Klänge um so lächerlicher, als man im gleichen Augenblick unter den hauptbeteiligten Personen Leute nannte, die offensichtlich mit dem Kommunismus oder der Arbeiterbewegung überhaupt nichts zu tun haben. Es waren hohe Generale, wie der frühere Generalkommandant von Sevilla und der frühere Kriegsminister Aguilera, liberale Universitätsprofessoren und Chefredakteure, die ein Manifest an das spanische Volk unterschrieben haben sollen, das sich scharf gegen die Diktatur Primo wandte. In diesem Aufreiß heißt es nach französischen Quellen:

„Zeit drei Jahren bereits übt die Diktatur ihre Herrschaft ohne Kontrolle und Strafenlos aus. Unser Vaterland schreitet schnell zur Auflösung und zur Anarchie. Viele Jahre und schwere Opfer werden notwen-

Jg. 1926
7. III.